Justiz

Werbung ohne Sex

Bundesjustizminister Heiko Maas (SPD) will geschlechterdiskriminierende Werbung in Deutschland unterbinden. Ein entsprechender Entwurf zur Änderung des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb soll bald in die Ressortabstimmung geschickt werden. Mit dem Vorhaben setzt Maas einen Beschluss der SPD-Parteispitze um, die in Reaktion auf die sexuellen Übergriffe der Silvesternacht in Köln ein „moderneres Geschlechterbild“ im Land etablieren will. Zudem hat sich das Ministerium von Aktivisten der Organisation „Pinkstinks“ beraten lassen, die seit langer Zeit ein Verbot sexistischer Werbung fordern. Derzeit kann die Wettbewerbszentrale nur gegen massiv menschenverachtende Werbung einschreiten; der Deutsche Werberat kann außerdem eine Rüge aussprechen. Nach Maas’ Plänen könnten künftig Plakate oder Anzeigen unzulässig sein, die Frauen oder Männer auf Sexualobjekte reduzieren. Im Streitfall würde ein Gericht die Entscheidung treffen. ama

Nationalsozialismus

Österreich will Hitler-Geburtshaus

Das Geburtshaus Adolf Hitlers im österreichischen Braunau wird nach jahrelangem Streit über die Nutzung enteignet. Das sieht ein Gesetzentwurf aus dem Innenministerium vor, der dem SPIEGEL vorliegt. Die Behörde will mit diesem Schritt demnach die „Pflege, Förderung oder Verbreitung nationalsozialistischen Gedankenguts“ oder ein „bejahendes Gedenken an den Nationalsozialismus“ unterbinden. Ein Sprecher des Ministeriums bestätigte die Enteignungspläne. Dies sei die einzige Möglichkeit, „eine Nutzung dieses Gebäudes im Sinne einer nationalsozialistischen Wiederbetätigung auszuschließen“. In dem früheren Gasthaus im historischen Zentrum Braunaus kam der spätere Diktator Hitler am 20. April 1889 zur Welt. Bislang gehört das Gebäude einer Frau, die es seit 1972 an das Innenministerium vermietet, in den vergangenen Jahren die Nutzung des Gebäudes jedoch erschwert hatte: Weil sie behindertengerechte Umbauten ablehnte, zog 2011 mit dem Sozialverein Lebenshilfe der bislang letzte Untermieter aus. Seitdem steht das Gebäude leer, für das der österreichische Staat weiterhin monatlich rund 5000 Euro Miete zahlt. Das Gesetz soll möglichst bis Ende Juni in Kraft treten, bis dahin soll eine Expertenkommission konkrete Vorschläge für die künftige Nutzung entwickeln. mxw

SPIEGEL ONLINE

Hitlers Geburtshaus

Luftsicherheit

SPD für staatliche Fluggastkontrollen

Innenpolitiker der SPD-Bundestagsfraktion wollen die Sicherheitskontrollen an den deutschen Flughäfen wieder in staatliche Hoheit überführen. Innenexperte Mahmut Özdemir und andere fordern die Errichtung einer Anstalt des öffentlichen Rechts im Bereich der Luftsicherheit. „Die oftmals unzureichende Einarbeitung und Ausbildung des privaten Sicherheitspersonals bei Passagier- und Gepäckkontrollen stellt ein permanentes Sicherheitsrisiko dar“, sagt Özdemir. Durch die Fluktuation der Beschäftigten bestehe laufend die Gefahr, dass sicherheitsrelevante und sensible Arbeitsabläufe nach außen dringen. Um Wartezeiten zu vermeiden, wollen die SPD-Fachpolitiker auch das Personal für Passagier- und Gepäckkontrollen aufstocken. Die zusätzlichen Kosten müsse der Staat übernehmen, so Özdemir: „Wer mehr öffentliche Sicherheit will, muss das auch im Haushalt abbilden.“ Die derzeitigen Mitarbeiter privater Sicherheitsfirmen sollten nach Möglichkeit weiterbeschäftigt werden. kn, gor

Brandstiftung

Einzeltäter mit unklarem Motiv

Der Brand eines geplanten Flüchtlingsheims im badischen Remchingen vom Juli 2015 hatte vermutlich keinen rechtsextremen Hintergrund. Dringend tatverdächtig, das damals leer stehende Gebäude in einem Gewerbegebiet angezündet zu haben, ist ein 42-jähriger Kfz-Mechaniker, der seit Oktober in Untersuchungshaft sitzt. Der Mann aus dem Enzkreis ist vorbestraft, allerdings laut Staatsanwaltschaft Pforzheim nicht wegen Brandstiftung oder verfassungsfeindlicher Umtriebe. Er bestreitet die Tat, hat aber zugegeben, an anderer Stelle einen Verkaufscontainer für Backwaren angezündet zu haben. An beiden Orten fanden sich seine DNA-Spuren. Hinweise auf weitere Täter erhärteten sich nicht. Am 15. April beginnt der Prozess in Pforzheim. fri

ULI DECK / DPA

EU

Whistleblower im Kreuzfeuer

Eine neue EU-Richtlinie für den Schutz von Geschäftsgeheimnissen könnte die Tätigkeit von Journalisten massiv erschweren. Betroffen wären auch sogenannte Whistleblower, die Informationen aus Unternehmen an die Öffentlichkeit bringen. Die Arbeitgeber dürften künftig „willkürlich jede Angelegenheit zum Geschäftsgeheimnis erklären“, warnt der DGB-Bundesvorstand in einem Brief an EU-Abgeordnete. Das sei „aus Sicht der Gewerkschaften inakzeptabel und bedeutet einen Rückschritt in puncto Rechtssicherheit für Deutschland und Europa“. Auch die EU-Abgeordnete Julia Reda von der Piratenpartei warnt: „Whistleblower und Journalisten geraten damit ins Kreuzfeuer.“ Zwar werde die Offenlegung von Geschäftsgeheimnissen mit Hinweis auf die Pressefreiheit auch künftig möglich sein. Doch im Streitfall müsse ein Beschuldigter nachweisen, dass er zum Schutz des öffentlichen Interesses und zur Aufdeckung strafbarer, ordnungswidriger oder illegaler Tätigkeiten Vertrauliches verraten habe. „Das ist eine Umkehr der Beweislast“, sagt Reda, die Weitergabe von Dokumenten wie bei Edward Snowden oder den Panama Papers würde deutlich erschwert. pau, sve